
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59577

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

revolutionäre keine Zweifel; unerbittlich kreidet er ihnen nicht zuletzt die Verantwortung für den verhängnisvollen Verfall der Wertevorstellungen in Rußland an (»Töten und Rauben, Verleumden und Lügen waren gut, wenn sie im Namen einer richtigen Sache erfolgten, wie das neue Regime sie definierte.« Pipes' moralische Verurteilung der Revolution in Rußland durchzieht seine – im allgemeinen gut recherchierte und spannend zu lesende – Untersuchung wie ein Markenzeichen. Er widersetzt sich damit dem Beispiel des russischen Philosophen Nikolaj Berdjajew, der behauptet hatte, man könne die Russische Revolution moralisch ebensowenig beurteilen wie das Eintreten einer Eiszeit oder den Untergang des Römischen Reiches. Wer die – in der deutschen Osteuropageschichtsschreibung eher gering geachtete – Tatsache bedenkt, daß Sowjetrußland schon zu Beginn der 20er Jahre ein Polizeistaat gewesen ist, der wird Verständnis für die Absicht aufbringen, mit diesem Werk dem verbreiteten »ethischen Nihilismus« energisch entgegenzutreten.

Alexander FISCHER, Bonn (†)

Hans LEMBERG, Peter HEUMOS (Hg.), Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Osteuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24. bis 26. November 1989, München (R. Oldenbourg) 1993, 261 S. (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 17).

Man wird nicht verwöhnt mit neuer Literatur zur Geschichte ostmitteleuropäischer Staaten in der Zwischenkriegszeit. Gerade dieses Thema ist aber von großer Aktualität angesichts der Tatsache, daß bei dem Prozeß der Wiedererlangung völliger staatlicher Souveränität ehemaliger Ostblockstaaten die Sicht auf die Staatlichkeit nach dem Ersten Weltkrieg in Gestalt der sogenannten Nachfolgestaaten von essentieller Bedeutung ist, zumal die Tradition der Eigenstaatlichkeit zu Zeiten der Blockbildung wenig gepflegt wurde oder zumindest starken obrigkeitlichen Reglementierungen unterlag.

Um so erfreulicher ist es, daß das Collegium Carolinum auf seiner Bad Wiesseer Tagung vom November 1989 sich dieser Frage unter der Themenstellung »Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa« angenommen hat, auf der sich kompetente Fachleute zu Wort meldeten und wozu der Konferenzband 1993 erschienen ist. In den Beiträgen dominiert der nationalstaatliche Aspekt bei der (Wieder-) Herstellung der Staatlichkeiten in Ostmitteleuropa, wobei das Jahr 1919 in den Mittelpunkt gestellt wird, das Jahr des Versailler Vertrages, der wesentliche Weichenstellungen für diese Staaten vornahm, sie aber nicht schuf und auch nicht abschließend über ihre territoriale Gestalt bestimmte. So wird 1919 in den Beiträgen in jeder Hinsicht als Übergangsjahr und Provisorium gedeutet. Auch deshalb greifen die Referate über das Jahr 1919 hinaus und oft weit in die Zwischenkriegszeit hinein, was den Wert des Bandes nur steigert. Auch die Ausdehnung über die ČSR hinaus ufert nicht aus, sondern bereichert und macht den Band repräsentativ für ostmitteleuropäische Grundprobleme der Zwischenkriegszeit. Daß zu einer Reihe von Feststellungen Polemiken angebracht sind, kann als normal gelten und bedarf kaum der Erwähnung. Manfred ALEXANDER (Köln) weist in seinem Nachwort auf die dazu geführte Diskussion hin. Das Nachwort ist in jeder Hinsicht bemerkenswert. Es überzeugt nicht nur durch seine konstruktiv kritische Sicht auf die getane Arbeit, sondern formuliert auch jene Forderungen an die Forschung, die als echte Aufgaben stehen, um bei der Erhellung ostmitteleuropäischer Staatlichkeit weiterzukommen und vor allem alternativ die oft genug allzu verworrenen Vorgänge zu betrachten. Auch seine Feststellung, daß die Tagung im wesentlichen nichts Neues gebracht habe, wird gerade durch die Formulierung alternativer Fragestellungen relativiert. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß die Tagung 1989 in die Endphase der Mitteleuropa-Diskussion fällt, bei der die Darstellungen etablierter, in Sinne von wissenschaftlich fundierten Meinungen, durchaus klärende und beruhigende Funktion haben konnten.

Die abgedruckten Referate bilden vier regionale und thematische Schwerpunkte, wenn auch die Ordnung des Bandes nach anderen Gesichtspunkten erfolgte: Da sind zunächst die Beiträge zu nennen, die sich mit der europäischen Nachkriegsordnung beschäftigen. Während Peter KRÜGER (Marburg) in seinem Aufsatz »Die Friedensordnung von 1919 und die Entstehung neuer Staaten in Ostmitteleuropa« die Staatenentwicklung in den Gesamtrahmen der neuen Qualität politischer, ökonomischer und gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsprozesse nach dem Ersten Weltkrieg stellt und dabei die Spannung zwischen Staatenentstehung und Staatensystem herausarbeitet, wendet sich Bedřich LOEWENSTEIN (Berlin) unter dem Thema »Weltkrieg und Staatskonzeption. »Das Neue Europa« oder »Die letzten Tage der Menschheit« der Genesis der Staatskonzeption bei Eliten im östlichen Habsburgerreich zu, wobei er ausgehend von der politischen Reife der Gedanken Masaryks dessen Konzeptionen darstellt und mit kritischer Distanz einer Wertung unterzieht. In einem weiteren Block werden für Ostmitteleuropa übergreifende Probleme behandelt: Hans LEMBERG (Marburg und mit Peter HEUMOS Herausgeber des Bandes) gibt einen Aufriß des Zustandes im östlichen Mitteleuropa im Jahre 1919 und Rudolf JAWORSKI (Kiel) wendet sich nationalwirtschaftlichen Integrationsproblemen in Ostmitteleuropa nach 1918 zu. Thomas KLETEČKA (Wien) behandelt schließlich das Phänomen der Rätebewegung in Ostmitteleuropa 1918 bis 1920, zeigt innere und äußere Faktoren für deren Entstehung auf und stellt fest, daß sie wirkliche Bedeutung nur in den Verliererländern hatten und betont damit den Faktor der Krisenhaftigkeit, den er dann für eben diese Länder Österreich, ČSR, Ungarn und Polen belegt. Den Hauptteil des Bandes bilden die Beiträge zu den Anfängen des tschechoslowakischen Staates. Jiří KOSTA (Frankfurt) legt, mit umfangreichem statistischen Material versehen, Grundprobleme der tschechoslowakischen Wirtschaft im ersten Jahrzehnt der staatlichen Existenz dar. Jörg K. HOENSCH (Saarbrücken) wendet sich unter dem Thema »Tschechoslowakismus oder Autonomie« sehr detailliert den Auseinandersetzungen um die Eingliederung der Slowakei in den neuen Staat zu. Ebenfalls Nationalitätenfragen behandeln Lothar HÖBELT (Wien) »Deutschösterreich und die Sudetendeutschen 1918–1919« und Ladislav LIPSCHER »Die Pariser Friedensverhandlungen und der Minderheitenschutz für die Juden in der Tschechoslowakei«. Peter BURIAN (Köln) wendet sich ausgehend von allgemeinen Bemerkungen über Verfassungsauftrag und Verfassungsrealität in modernen Staaten dem Entstehungsprozeß der Verfassung des tschechoslowakischen Staates und ihrer Bedeutung im Prozeß der Staatsgründung zu, wobei er die Problematik von nationalstaatlichem Anspruch und Realität in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Die soziologisch angelegte Untersuchung über die Gemeindevahlen 1919 von Thomas WEISER (Detmold) stellt eine sinnvolle Ergänzung der Beiträge von BURIAN und HÖBELT dar. Schließlich unternimmt Hans LEMBERG eine zusammenfassende Betrachtung des Jahres 1 der Geschichte der tschechoslowakischen Republik und zeigt gemäß dem Auftrag der Konferenz Alternativen der Entwicklung auf. Als letzter Komplex sind zwei Beiträge zu nennen, die Nationalitätenprobleme für Nachbarländer aufgreifen und damit den zentralen Stellenwert gerade dieser Frage für die neuen ostmitteleuropäischen Länder unterstreichen. Wolfgang KESSLER (Herne) geht auf den Bezug von Grenzkampf und nationalen Minderheiten in Polen 1919–1921 ein, und László SZARKA (Budapest) beleuchtet die Nationalitätenfrage im Auflösungsprozeß des historischen Ungarn 1918–1920.

Wenn auch alle Beiträge durchgängig wissenschaftlich ausgereift sind, so tragen doch die Beiträge von LEMBERG besonderen Charakter. Sie bilden eine Art Klammer, sind auch so positioniert und garantieren den Gesamtzusammenhang der Referate. Er wendet sich überzeugend, ausgewogen und mit klarer Argumentation solchen Schlüsselproblemen zu wie der These von der Staatsgründung als Revolution und dem Topos der Wiedergeburt. Ausgehend vom Prinzip der Offenheit der Geschichte behandelt er mit bündiger Argumentation Fragen alternativer Entwicklungsmöglichkeiten des tschechoslowakischen Staates, wobei die deutschsprachige Geschichtswissenschaft sich gerade bei diesem Herangehen traditionell schwer tut und man hierbei sicher erst am Anfang steht.

Das hohe Niveau des Bandes ist unbestritten und verleiht ihm eine feste Position in der Fachliteratur.

Ralph SCHATTKOWSKY, Rostock

Richard BESSEL, *Germany after the First World War*, Oxford (Clarendon Press) 1993, 325 S.

Dieses Buch ist, anders als der sehr allgemeingehaltene Titel vermuten läßt, keine Geschichte der Frühphase der Weimarer Republik. Es ist auch keine Sozialgeschichte Deutschlands in der ersten Nachweltkriegszeit des 20. Jh. Es ist, und das hätte zumindest in einem Untertitel deutlich gemacht werden müssen, eine Sozialgeschichte des Demobilmachungsprozesses und seiner Folgen.

Was Bessels Darstellung von anderen Abhandlungen zum Thema Demobilmachung unterscheidet, ist die »grass root«-Perspektive: Er ist weniger an den politischen Entscheidungen auf hoher Ebene als an den Wirkungen »vor Ort« interessiert. Der Autor hat unzählige Regionalarchive ausgewertet, was ihm eine detailgesättigte Schilderung mit sozialer Tiefenschärfe erlaubt. Die Liebe zum Detail geht aber freilich mitunter zu weit: Der Leser wird im Text mit Zahlen überfüttert, die besser in einem statistischen Anhang aufgehoben gewesen wären.

Die Demobilmachung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg ist ein vielbeackertes Feld. Das birgt eine Gefahr in sich, der auch Bessel nicht entgeht: Vieles von dem, was er schreibt, ist wohlbekannt. Das gilt etwa für die Demobilisierungspläne aus der Kriegszeit, die wirtschaftliche Demobilmachung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dennoch setzt der Verfasser immer wieder wichtige neue Akzente – so wenn er die Sozialgeschichte des Ersten Weltkrieges unter dem Aspekt zweier Gesellschaften interpretiert: »the one a male society structured within the military; the other a civil society which consisted disproportionately of women« (S. 10). Sehr scharf arbeitet Bessel den *circulus vitiosus* der Kriegswirtschaft heraus: Der Personalbedarf des Militärs schwächte die Wirtschaft, was wiederum die Kriegführung materiell untergrub.

In keiner neueren Abhandlung ist der Prozeß der moralischen Erosion der deutschen Gesellschaft und des deutschen Militärs in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs so umfassend und überzeugend herausgearbeitet worden wie in Bessels neuem Buch. Der Verfasser spricht von der Demobilmachung einer bereits weitgehend desintegrierten Armee. Er illustriert das mit Material über Fälle von Insubordination und Meuterei, die sich seit den Frühjahrsoffensiven von 1918 häuften, und Zahlen über die Desertion im Herbst 1918, die es rechtfertigen, diesem Phänomen einen Massencharakter zuzusprechen. Eine der Schlußfolgerungen Bessels lautet: Die Volksbeauftragten hatten faktisch keine Chance, aus den in die Heimat zurückkehrenden Soldaten neue, republikloyale Freiwilligenverbände zu rekrutieren.

Zu den instruktivsten Kapiteln des Buches gehören die Abschnitte über die Demobilmachung auf dem Lande, die Situation der Jugend in den Großstädten, die Verbreitung von und die Furcht vor Geschlechtskrankheiten, den Diskurs über den Verfall überkommener Werte. Bedenkenswert ist Bessels These, daß die nachträgliche Glorifizierung des Krieges ihre soziale Stütze keineswegs in der Masse der einstigen »Feldgrauen« hatte, sondern bei ehemaligen Offizieren und in Teilen der jüngeren Generation, die den Krieg nicht mehr als Soldaten erlebt hatte. Daß sich aus den »einfachen« Kriegsteilnehmern in der Weimarer Zeit keine starke prorepublikanische Front rekrutierte, erklärt der Verfasser mit der allgemein als unbefriedigend und ungerecht empfundenen Kriegsopferversorgung.

Bessels Ausgangsthese ist, daß die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme, die die Weimarer Republik von Anfang an überschatteten, nicht nur aus den langfristig wirksamen, aus dem 19. Jh. stammenden Strukturen sondern mindestens ebenso sehr aus den außergewöhnlichen Umwälzungen der Zeit nach 1914 zu erklären sind. Für diese These